

FrkV Lefèvre, FW-Fraktion

Trotz harter Konsolidierungsmaßnahmen und Einsparungen von rund 1 Mio. € durch unsere Verwaltung, müssen wir mit Erschrecken feststellen, dass wir noch weiter ins Minus gerutscht sind. Schuld hat auch dieses Mal wieder das geringe Gewerbesteueraufkommen. Grund sind weniger Gewinne der Unternehmen vor Ort und vor allem der immer noch schlechte Stand der Stahlindustrie, die weltweit einer Flaute aufsitzt und mit sinkenden Preisen kämpfen muss. Aber hier müssen wir respektieren, dass gerade die Großfirmen in den Standort Wetzlar hoch investiert haben und damit Arbeitsplätze erhalten werden.

Durch die Neustrukturierung des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA), der sich insbesondere am Bedarf der Kommunen orientiert, erhalten wir zwar eine höhere Schlüsselzuweisung, diese wird aber sogleich wieder durch die an den Kreis zu entrichtende Kreis- und Schulumlage aufgebraucht.

Da wir nun wieder vor einem unausgeglichenen Haushalt stehen, müssen wir erneut dem vom Hessischen Innenminister verfügten Finanzplanungserlass vom 29.10.2014 folgen und den Hebesatz der Grundsteuer nun auf 490% erhöhen. Wir sehen, die Spirale dreht sich weiter, ohne dass wir etwas dagegen tun können. Die Erhöhung der Grundsteuer ist Voraussetzung der Haushaltsgenehmigung und keineswegs, wie gerne behauptet wird, Willkür der Stadt. An dieser Stelle muss ich noch einmal betonen, dass wir es hier tunlichst vermeiden sollten, Schuldzuweisungen zu kreieren. Wir sollten Alle, ich betone Alle, an einem Strang ziehen und auch dem Bürger, den es am meisten trifft, erklären, dass die Grundsteuererhöhung kein Fehlverhalten der Kommune ist.

Trotz des Defizites bleiben die Freiwilligen Leistungen unangetastet. Das ist insbesondere für die Existenz der Vereine wichtig. Die in Vereinen Tätigen sind vorwiegend Ehrenamtliche, und das Ehrenamt zu stützen ist unsere vornehme Aufgabe, denn ohne Ehrenamt geht gar nichts! Durch ehrenamtliche Tätigkeiten wird das Leben in unseren Kommunen lebendig gehalten, ja es sorgt für Zusammenhalt in unserer „kälter“ gewordenen Gesellschaft.

Im Ergebnishaushalt muss 2016 bei den Personalkosten mit einer Steigerung von rund 1 Mio. € gerechnet werden. Das liegt vor allem an der Tarifierhöhung für Bedienstete des Sozial- und Erziehungsdienstes sowie einer Besoldungserhöhung für Beamte. Nur mit weiterer Umsetzung der Stellenbesetzungssperre kann hier ein wenig gegengesteuert werden.

Erfreulicherweise sind die Haushaltsansätze in der Jugendhilfe für das Jahr 2016 im Wesentlichen gleich geblieben. Dies weist auf gute Arbeit in diesem Bereich hin und zeigt, dass Wetzlar mit seinen präventiven Maßnahmen und Konzepten auf einem guten Weg ist. Ich nenne nur „Frühe Hilfen“, Konzepte der Kinder- und Familienzentren, Willkommensbesuche, Soziale Stadt Niedergirmes, Westend und demnächst Dalheim, nicht zuletzt die Jugendtreffs in der Kernstadt und in den Stadtteilen.

Die Kindertageseinrichtungen sind nach wie vor ein Zuschussbetrieb. Hier muss ich wieder betonen, dass die Kommunen vom Land alleine gelassen werden. Es reicht nicht aus, wenn das Land einmalige Zuschüsse für Neu- und Umbauten zahlt. Viel wesentlicher wäre die Unterstützung für laufende Kosten der Einrichtungen, denn „Frühkindliche Erziehung“, das wissen wir alle, ist wichtiger denn je, denn hier werden die Grundlagen des späteren Lebens gelegt. Das Land muss hier tätig werden!

Im Finanzhaushalt sind Investitionen eingeplant, bei denen es sich z.T. um ein paar „harte Brocken“ handelt, die wir nicht länger vor uns herschieben können und sukzessive abarbeiten müssen. Zu nennen ist hier mit erster Priorität die Sanierung des Kanalnetzes, das zur Pflichtaufgabe der Kommune gehört und bei Nichterfüllung strafrechtliche Konsequenzen nach sich zieht. Ferner steht als „harter Brocken“ die Sanierung der Brücke nach Hermannstein an. Hinzu kommen Ausbau und Erneuerung verschiedener Straßen, wie z.B. das „Hörnsheimer Eck“, um nur das eklatanteste Beispiel zu nennen. Betont werden muss, dass bei allen Investitionstätigkeiten die heimische Wirtschaft mit ihrem Handwerk unterstützt wird.

Wir sehen, es muss weiterhin eisern gespart werden, um einem Haushaltsausgleich näher zu kommen.

Mit unseren Konsolidierungsmaßnahmen sind wir schon auf dem richtigen Weg. Ganz im Sinne des Koalitionsantrages zur Konsolidierung des Haushaltes hat der Magistrat ein Konzept erarbeitet, das geeignete Maßnahmen zur Konsolidierung aufzeigt, die auch in den nächsten Jahren weiter umgesetzt werden müssen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die wirtschaftliche Lage unserer Stadt kaum zu steigern ist und wir einen hohen Schuldenberg abzutragen haben. Die Umsetzung der Konsolidierung ist ein nachhaltiger Prozess der, der uns alle in den nächsten Jahren fordert. Sehr wichtig und erfolgversprechend ist hier die interfraktionelle Arbeitsgemeinschaft zur Konsolidierung des Haushaltes. Ich kann nur sagen: Alle müssen an einem Strang ziehen, nur gemeinsam können wir die Konsolidierung schaffen. Wir tragen alle Verantwortung für die Zukunft unserer Stadt. Packen wir es gemeinsam an!

Ganz besonders bedanke ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und beim Magistrat für die geleistete Arbeit, insbesondere für die Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen.

Wir stimmen dem Haushalt zu.